Nicaragua aus gewerkschaftlicher Sicht

Autor(en): **Pedrina, Vasco**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes**

Band (Jahr): **79 (1987)**

Heft 2

PDF erstellt am: **20.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-355240

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Nicaragua aus gewerkschaftlicher Sicht

Vasco Pedrina

Nicaragua kennt eine in der Verfassung verankerte gemischte Wirtschaft. Die Revolution von 1979 hat einen wichtigen verstaatlichten Sektor hervorgebracht, und in der Landwirtschaft ist mit der Agrarreform ein wichtiger genossenschaftlicher Sektor entstanden. Der verstaatlichte Sektor trägt 40% zur nationalen Bruttowertschöpfung bei, der private Sektor mit grossem und mittelgrossem Besitz 30%, der Kleinbesitz und die Genossenschaften ebenfalls 30%.
Die wirtschaftliche Situation ist nach sieben Jahren Revolution äusserst prekär. Der Angriffskrieg kostet das Land sehr viel Geld: 3500 Millionen Dollar in 5 Jahren. Die Schulden gegenüber dem Ausland betragen 5000 Millionen Dollar, wovon mehr als die Hälfte auf die Erbschaft Somozas entfallen. Die Auslandschulden beeinträchtigen die Devisenverfügbarkeit schwer. Allein diese zwei Faktoren gefährden jede Entwicklung des Landes und drohen, es zu einer Wirtschaftspolitik des blossen Überlebens zu verurteilen. Der Wirtschaftsboykott der USA, der von einigen ihrer Verbündeten unterstützt wird, ist eine weitere Quelle enormer Schwierigkeiten für das Land, dessen Aussenhandel zu 60% von den USA und Zentralamerika abhängig war. Trotzdem besteht einer der Erfolge der Wirtschaftspolitik der Regierung darin, dass es ihr gelungen ist, die Abhängigkeit im Aussenhandel weniger einseitig zu gestalten: 31,3% Ostblock und Kuba; 28,8% Westeuropa; 10% Japan; 9,2% Lateinamerika.

Der Niedergang der Wirtschaft ist jedoch nicht nur externen Faktoren zuzuschreiben. Der Exodus vieler Freierwerbender und Kapitalisten sowie die Wirtschaftssabotage eines Teils jener, die im Lande geblieben sind, wiegen schwer. Anderseits haben die Änderungen der Besitzverhältnisse sowohl in der Landwirtschaft wie auch in der Industrie Anpassungsschwierigkeiten hervorgerufen, die sich auf die Produktivität auswirkten. Fehler in der Wirtschaftspolitik haben die Situation zusätzlich verschärft. Heute lebt Nicaragua im Zeichen einer Kriegswirtschaft.
Mit einer ganzen Reihe von wirtschaftlichen und sozialen Massnahmen versucht die Regierung, das Schlimmste zu verhindern. Ihre wichtigste Sorge besteht darin, das Wenige, das vorhanden ist, nach den folgenden Kriterien zu verteilen:
– Sicherung des Existenzminimums für alle. (Das ist ihr bis heute dank einem gerechten Rationierungssystem unbestreitbar gelungen);
– Begünstigung der Bevölkerung auf dem Lande und der Soldaten im Vergleich zur Stadt, um der Landflucht entgegenzuwirken;
– Begünstigung der produktiven Sektoren gegenüber den unproduktiven und parasitären (die Spekulation einer Vielzahl kleiner Händler – allein in der Stadt Managua sollen es 100 000 sein! – hat unglaubliche Ausmasse angenommen):

Mit der Unterstützung der sandinistischen Gewerkschaften tut die Regierung ihr Möglichstes, um die Produktion wieder anzukurbeln.
Die wirtschaftliche Lage hatte sich bis 1981/1982 gebessert, seither verschlechtert sie sich. Rein wirtschaftlich gesehen kann man grosso modo sagen, die Situation habe sich für das Bürgertum und die Mittelschicht verschlechtert, sei für die Fabrikarbeiter leicht ungünstiger geworden, während sie sich für die Bauern ein wenig gebessert hat, deren Ernährung zum Beispiel abwechslungsreicher geworden ist.

Trotzdem Unterstützung für die Regierung

Trotz dieser sehr prekären wirtschaftlichen Lage werden die sandinistische Regierung und der FSLN (die sandinistische Mehrheitspartei) von der Mehrheit der Bevölkerung weiterhin unbestreitbar unterstützt. Die stärkste Unterstützung erhalten sie von der Landbevölkerung, aber auch die Fabrikarbeiter unterstützen die Revolution heute noch. Warum tun sie das?
Die Agrarreform hat beträchtliche politische Früchte getragen, auch wenn sie, rein ökonomisch betrachtet, noch nicht zum Erfolg geworden ist, es aber mittel- und langfristig noch werden könnte. Der «campesino» (kleiner Bauer) möchte auf seinen Boden nicht mehr verzichten.
Die grossen Anstrengungen auf dem Gebiete der Infrastrukturen (Wohnungen, Schulen, Gesundheitszentrum), der Bildung, des Gesundheitswesens und der Sozialen Sicherheit sind trotz der Kriegssituation bemerkenswert.
Was indessen wohl noch mehr dazu beiträgt, das Prestige von Regierung und Revolution bei den Arbeitern und Bauern immer noch fast intakt zu halten, ist der Umstand, dass sie ihnen Menschenwürde und nationale Unabhängigkeit gebracht haben. Die Nicaraguaner müssen viele Entbehrungen auf sich nehmen – 40 Jahre einer beschämenden Diktatur haben sie daran gewöhnt – aber auf die erkämpfte Würde möchten sie nicht verzichten. Auch wenn die Existenz für sie selber noch hart ist und es auch bleiben dürfte, leben sie doch mit der grossen Hoffnung im Herzen, es werde für ihre Söhne und Töchter einmal anders sein. Sie glauben, das Ende des Tunnels am Horizont erkennen zu können. Und sogar unter jenen Arbeitern und Bauern, die mit der jetzigen Situation nicht zufrieden sind – es gibt sie, und sie können es auch sagen – ist die Mehrheit nicht bereit, ins Lager der US-gestützten «Contras» hinüber zu wechseln. Der patriotische Reflex ist sehr stark. Die «Contras» werden mit dem früheren Somoza-Regime und der ausländischen Einmischung in die Angelegenheiten Nicaraguas identifiziert.
Die «Contras» sind keine glaubwürdige Alternative. Alle diese Gründe und eine geschickte Politik der Behörden (welche die Bevölkerung der angegriffenen Zonen systematisch bevorzugt) erklären, weshalb der Angriffskrieg der «Contras» bisher ein Misserfolg war und es ihnen nicht gelungen ist, sich unter den Arbeitern und Bauern eine soziale Basis zu

schaffen. Im Gegenteil, diese Basis ist in der Nordzone und bei den Miskito-Indianern noch geschrumpft. (Nach dem kritischen Jahr 1983 hat die Regierung ihr Fehlverhalten gegenüber der Minderheit der Miskitos korrigiert und verhandelt heute über ein Autonomiestatut für die Regionen an der atlantischen Küste.) Die «Contras» haben nicht eine einzige ständige Basis im Lande erkämpft. Weil das so ist, vermeiden sie seit einigen Monaten die direkte Konfrontation mit der Armee Nicaraguas und verlegen sich auf terroristische Aktionen gegen Entwicklungsprojekte und -helfer sowie Zivilpersonen. Dies erklärt schliesslich auch, weshalb die Reagan-Administration sich in aller Öffentlichkeit entschlossen hat, in den Konflikt direkt einzugreifen.

Kriegsfolgen

Aus gewerkschaftlicher Sicht hat der wirtschaftliche und militärische Krieg, den die USA und ihre Verbündeten gegen Nicaragua führen, ernste Folgen, auch wenn sie ihr Hauptziel, den Sturz des sandinistischen Regimes, bisher nicht erreicht haben. (Mittelfristig gesehen werden die USA dieses Ziel übrigens ohne einen militärischen Einmarsch auch nicht erreichen. Eine Invasion aber würde sie sehr teuer zu stehen kommen.) Da sind zunächst die materiellen Folgen: Das Leben im Alltag wird für die Bevölkerung immer schwieriger. Aber auch der Blutzoll, den Nicaragua in diesem Krieg bezahlen muss, ist hoch: auf beide Lager verteilt sind es rund 30 000 Tote.

Schliesslich die Folgen in bezug auf die Freiheiten. Im Gegensatz zu dem, was Reagan und das internationale Besitzbürgertum behaupten, besteht bei den Behörden und der FSLN der echte Wille für eine gemischte Wirtschaft, den Pluralismus in religiöser, gewerkschaftlicher und politischer Hinsicht und für eine blockfreie Aussenpolitik. Die neue Verfassung liefert dazu den jüngsten Beweis. Aber die Bedingungen der Kriegswirtschaft führen die Regierung zu einer zunehmenden Verhärtung ihrer Positionen. Seit der Erklärung des Ausnahmezustandes Ende 1981 als Folge der militärischen Aggression, sind verschiedene einschränkende Massnahmen ergriffen worden. Die spektakulärsten davon waren: Aufhebung des Streikrechts, Einführung der Zensur und die Schliessung eines katholischen Radiosenders, die Suspendierung der Tageszeitung «La Prensa» und die Ausweisung eines Bischofs und Komplizen Reagans.

Es ist leicht, im bequemen Lehnstuhl sitzend, von der Schweiz aus mit den Wölfen zu heulen und die Gefahren heraufzubeschwören, welche diese Massnahmen für die demokratische Entwicklung des Landes bedeuten. Selbst wenn man als Gewerkschafter aus Prinzip immer für das Streikrecht, die Presse- und Vereinigungsfreiheit und für die Bewegungsfreiheit der Individuen *ohne Einschränkung* ist, wird man vor Ort in Nicaragua diese Massnahmen – ohne deshalb alle zu billigen – doch besser verstehen. (Erinnern wir uns auch: Solche oder ähnliche

Massnahmen wurden im Zweiten Weltkrieg auch in unserer «uralten» Demokratie ergriffen – und dies, obwohl nie ein feindlicher Krieger in unser Land eingebrochen ist.) Die USA und die «Contras» tragen für diese Einschränkung von Freiheiten in Nicaragua eine grössere Verantwortung als die sandinistischen Behörden.
Im übrigen ist der Fall wohl klar: Es ist das uneingestandene Ziel der US-Regierung und des internationalen Kapitals, die «Gefahr des guten Beispiels» – die ein Nicaragua darstellen könnte, dem die historische Leistung gelungen wäre, Sozialismus und Freiheit miteinander zu vermählen – schon im Entstehen zu töten. Sollte es den Machthabern in den USA gelingen, kräftig zum Absterben der Freiheit beizutragen, würde so die Alternative auf einen Sozialismus à la Stalin oder den Weg zurück zum Kapitalismus reduziert. Die Freiheit töten, als erster Schritt zum Tod des Sozialismus, der Weg zurück zu einem barbarischen Kapitalismus, der nur ein «Somozismus» ohne Somoza sein könnte. Das ist die politische Absicht.
In diesem Zusammenhang gesehen ist die Verantwortung der internationalen Arbeiterbewegung und insbesondere der Arbeiterparteien und Gewerkschaften Westeuropas sehr gross, ja sogar entscheidend. Wenn sie in die von der Reagan-Administration und dem internationalen Kapital gestellte Falle gehen und deren Umtriebe unterstützen, die das sandinistische Nicaragua auf die Knie zwingen sollen, wenn sie nicht ihr ganzes Gewicht bei ihren respektiven Regierungen in die Waagschale werfen, ist es um das Land geschehen. Mehr als je braucht Nicaragua unsere bruchlose, wenn auch nicht unkritische Unterstützung. Diese Unterstützung muss folgendes beinhalten: eine redliche Gegeninformationskampagne; die Isolierung der Reagan-Administration; Druck auf die Regierungen, damit sie ihre humanitäre und Entwicklungshilfe weiterführen und verstärken; Geldsammlungen zugunsten unserer Hilfswerke, Förderung von gezielten Projekten auf dem Gebiete der Technik und der Berufsbildung; Partnerschaften von Gewerkschaftssektionen, auch wenn sie nur eine bescheidene materielle und moralische Hilfe bringen. Das neue Nicaragua, «die Gefahr des guten Beispiels», darf nicht erdrückt werden. Mit ihm würde für lange Zeit eine Hoffnung begraben, die Hoffnung auf einen echten dritten Weg: den Sozialismus in der Freiheit!

Gewerkschaft im Aufschwung

Unter Somoza wurden die *unabhängige Gewerkschaftsbewegung* in den Untergrund verbannt. Einige Gewerkschaften, wie die CUS[1]) und die CTN[2]), wurden toleriert, aber nur um den Preis bedeutender Kompromisse. Der Organisationsgrad in der Industrie lag unter 10%, und in der Landwirtschaft existierte keine erwähnenswerte Organisation.
Mit der Revolution erlebte die Gewerkschaftsbewegung einen grossen Aufschwung. Schon zwei Jahre nach der Befreiung hatte der Organisa-

tionsgrad 40% erreicht, im Baugewerbe 50%, in der Landwirtschaft 30% und im Handel und in den Dienstleistungen 10%. Seither ist er unaufhörlich gewachsen. Im Juni 1984 waren rund 260 000 Arbeiter organisiert. Die sandinistischen Gewerkschaften CST[3]) und ATC[4]) erfassten allein 60% der Arbeiter; die in der Gewerkschaftszentrale Nicaraguas (CSN) vereinigten Arbeitnehmer machten 96% der Organisierten aus. (Die CUS und die CTN gehören dieser Zentrale nicht an und sind mit der extraparlamentarischen Opposition der Rechten verbündet).
Die Organisation der Gewerkschaftsbewegung in Nicaragua ist auf *Betriebsebene* aufgebaut. Dies hat mit der historischen Entwicklung (Aufbau im Untergrund) zu tun, aber auch mit der Realität der unterentwickelten Wirtschaft des Landes. Noch heute existiert für den Arbeitnehmer zunächst die Realität seines Betriebes und erst dann jene des ganzen Landes. Die Branchenebene ist viel weniger verankert als bei uns, und das erklärt die geringe Zahl der nach diesem Kriterium strukturierten Gewerkschaften.
Die gewerkschaftlichen Betriebssektionen, die sich einem rechtlichen Anerkennungsverfahren unterziehen müssen, wenn sie sich einer der nationalen Zentralen anschliessen wollen, werden direkt der von ihnen ausgewählten Zentrale angegliedert.
Formal ist das Prinzip der *gewerkschaftlichen Vereinigungsfreiheit* gewährleistet. Jeder Arbeitnehmer ist frei, der Gewerkschaft seiner Wahl beizutreten und dort mitzuarbeiten. Es müssen jedoch die folgenden Einschränkungen erwähnt werden:
Die Anwendung dieses Prinzips wird noch in manchen privaten Betrieben behindert, wo die Arbeitgeber immer noch Mühe haben, sich daran zu gewöhnen, dass die Ära Somoza vorbei ist (Repression gegen aktive Gewerkschafter, Verpflichtung der Arbeiter in gewissen Betrieben, der CUS oder der CTN beizutreten).
Das System der *rechtlichen Anerkennung der Betriebsgewerkschaften,* das tatsächlich nur jene Zentrale berechtigt, Gesamtarbeitsverträge auszuhandeln, die eine Mehrheit von 70% plus 1 unter den Arbeitnehmern ausweisen kann, bevorzugt praktisch die Mehrheitszentralen auf Kosten der andern. Besonders demokratisch ist dieses System natürlich nicht, weil es die proportionale Vertretung nicht gewährleistet.
Dass die sandinistischen Gewerkschaften weitaus am stärksten sind, lässt sich nicht einfach mit dem Mechanismus der rechtlichen Anerkennung erklären. Auch nicht, wie dies die CUS tut, mit allen möglichen Missbräuchen der Regierung und der sandinistischen Gewerkschaften, die von der CUS oft erfunden werden, um ihre fehlende Repräsentativität und den Misserfolg ihrer Politik zu entschuldigen. (Was nicht heissen soll, Fälle von Missbrauch seien auszuschliessen). Die Stärke der sandinistischen Gewerkschaften erklärt sich jedoch vor allem
– durch das Prestige, das sie sich mit ihrem Beitrag zum Sturz der Diktatur erworben haben, und dem Umstand, dass sie mit dem FSLN verbunden sind, dessen Kampf für diesen Sturz entscheidend war;

– durch die verantwortungsbewusste Politik, die sie Tag für Tag zur Verteidigung der Interessen der Werktätigen und des Landes führen.
Die CSN ist an der Vorbereitung aller Entscheide auf dem Gebiete der Wirtschafts- und Sozialpolitik sowie der Landesverteidigung mitbeteiligt. Ihr Einfluss ist unvergleichlich grösser, als dies zur Zeit Somozas der Fall war.
Was die *Gewerkschaftsautonomie* der sandinistischen Gewerkschaften CST und ATC anbetrifft, gilt es zwei Aspekte zu unterscheiden: die Autonomie gegenüber dem Staat und jene gegenüber der Partei, dem FSLN.
Was die Beziehungen mit dem *Staat* betrifft, kann einen Schweizer Gewerkschafter die Einmischung des Arbeitsministeriums in die Vertragsverhandlungen befremden. Bei der Bewertung dieser Tatsache gilt es jedoch zu berücksichtigen:
– dass der gemischte Charakter der Wirtschaft dem Staat Nicaragua eine bedeutend wichtigere Rolle als Arbeitgeber zufallen lässt, als dies bei uns der Fall ist;
– dass wir es hier mit einer Übergangsgesellschaft zu tun haben, in der der Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit mindestens teilweise aufgehoben wurde. In einer solchen Wirklichkeit ist die soziale Natur des Staates eine andere und modifiziert auch die Rolle der Gewerkschaften (die Mitverantwortung bei der Verwaltung des Landes ist grösser);
– dass die lateinamerikanische Realität und die Tradition in bezug auf die Gewerkschaften und die sozialen Beziehungen von den unseren verschieden sind.
In ihren Beziehungen zur *Partei* identifizieren sich die sandinistischen Gewerkschaften mit der Revolution und anerkennen deshalb die führende Rolle der Front, die sie zum Siege geführt hat: die FSLN. Die engen Beziehungen zur FSLN und der sandinistischen Regierung verhindern jedoch nicht, dass heute eine wirkliche Autonomie der Gewerkschaften besteht – auch wenn diese nicht für alle Zeiten gesichert ist – und dass auch in dieser Hinsicht der Unterschied zum Ostblock noch gross ist. Alle Anzeichen deuten darauf hin, dass zwischen Staat-FSLN einerseits und den sandinistischen Gewerkschaften anderseits eine Dialektik funktioniert, wenn über politische, wirtschaftliche, soziale sowie Probleme der Landesverteidigung entschieden werden muss, und dass die Gewerkschaften dabei nicht bloss die Rolle eines Transmissionsriemens für die herrschende Partei spielen.
Es gibt im übrigen einen Grund, der nach unserer Meinung entscheidend dafür spricht, dass die Autonomie der sandinistischen Gewerkschaften nicht bloss eine formale ist, sondern dass diese eine Kraft repräsentieren, mit der nicht nur die Arbeitgeber, sondern auch die Regierung rechnen müssen: das Funktionieren ihrer *internen Demokratie.* Diese interne Demokratie wird in den dortigen Gewerkschaften viel intensiver und mit einem leidenschaftlicheren Engagement gelebt, als dies an den Gewerkschaftsversammlungen bei uns der Fall ist. Das ist auch nicht verwunder-

lich: Soziale Revolutionen wecken und beleben die Geister und den Willen, das Schicksal der Gesellschaft mitzugestalten, mehr, als dies die Polstergruppen in unseren Konsumgesellschaften tun. Jeder Gewerkschaftssekretär weiss aus eigener Erfahrung, dass die Führung einer Gewerkschaft – selbst wenn sie über eine grosse moralische Autorität verfügt – einer lebendigen und engagierten Arbeiterschaft nicht aufzwingen kann, was sie will. Sie muss mit ihr und ihren Erwartungen rechnen. Das gilt auch für die Partei, gilt für den FSLN.

Zusammenfassend darf festgestellt werden: Die gewerkschaftliche Wirklichkeit Nicaraguas ist weder weiss noch schwarz. Sie ist nicht ideal, aber sie hat bei weitem auch nichts gemein mit einem somozistischen oder stalinistischen Totalitarismus. Sie ist eine lebendige Wirklichkeit, in der die Gewerkschaften ihren Weg in die Zukunft suchen. Ein Weg, auf dem zunehmend gefährliche Fallen drohen. Sie ist ein offener Prozess, der gut oder schlecht ausgehen kann. Der Ausgang dieses Prozesses, noch einmal sei es gesagt, hängt in einem nicht unbedeutenden Ausmass von der Haltung und dem Engagement der politischen und gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung in Europa ab, die unsere inbegriffen.

Anmerkungen:

1) CUS (Confederacion de Unidad Sindical). Die CUS wurde 1962 gegründet. Sie hatte in der Somoza-Zeit in einigen Branchen (See- und Luftverkehr, Hotels) einiges Gewicht. Sie gilt als sozialdemokratisch und ist Mitglied des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften (IBFG), dem auch der SGB angehört. Seit der Revolution ist ihr Einfluss in Nicaragua gesunken. Sie steht in Opposition zum Regime, das ihr vorwirft, ihre Finanzquellen seien nicht ganz «rein». Sie hat enge Beziehungen zum Gewerkschaftsbund AFL/CIO in den USA. Der IBFG ist der Meinung, das sandinistische Regime behindere die CUS in einer Weise, die nicht zulässig sei, und hat deshalb beim Internationalen Arbeitsamt in Genf eine Klage gegen die Regierung Nicaraguas eingereicht.

2) CTN (Confederacion de Trabajadores Nicaraguenses). Sie wurde 1972 gegründet und wie die CUS von Somoza geduldet. Sie gehört dem (christlichen) Weltverband der Arbeitnehmer an. Sie bezeichnet sich als christlich-sozial und hat eine schmale Basis bei den Manufaktur- und den Landwirtschaftsarbeitern. Sie steht in Opposition zum Regime.

3) CST (Central Sandinista de Trabajadores). Sie ist die grösste Gewerkschaft des Landes. Hat rund 120 000 Mitglieder. Sie ist Mitglied beim (kommunistischen) Weltgewerkschaftsbund. Sie ist nach dem Sieg der Revolution als Zusammenschluss der pro-sandinistischen Gewerkschaften entstanden. Sie ist eine massgebliche Stütze des Regimes, ohne aber einfach ein Transmissionsriemen für Regime und Partei zu sein.

4) ATC (Associacion de Trabajadores del Campo). Ist mit rund 50 000 Mitgliedern eine der wichtigsten Gewerkschaften des Landes. Sie wurde offiziell 1979 gegründet und ist das Resultat einer langen Entwicklung der verschiedenen Landarbeiterorganisationen. Sie unterstützt das sandinistische Regime.

Nebst den im Text genannten vier Gewerkschaften gibt es weitere sieben Arbeitnehmerorganisationen in Nicaragua. So zum Beispiel die 1975 gegründete FETSALUD, die das ganze Personalspektrum im Gesundheitswesen organisiert, ursprünglich mit der CTN liiert war, sich jetzt aber unabhängig nennt und zum Regime hält. Die UNE ist eine weitere Gewerkschaft von Gewicht. In ihr sind Staatsangestellte organisiert. Sie wurde 1978 im Untergrund ins Leben gerufen und unterstützt die Regierung. Als letzte genannt sei noch die CGT, die sich 1963 vom Somoza-beherrschten Flügel der gleichnamigen Gewerkschaft abspaltete und im Befreiungskampf eine grosse Rolle spielte. Sie hat ihre Basis bei den Manufaktur-, den Transport- und Kommunikationsarbeitern, nennt sich marxistisch-leninistisch und unterstützt ebenfalls das sandinistische Regime.